

Tarifabschluss bei UPM: 5,9% Gehaltserhöhung für 46.000 Beschäftigte!

Christian Wegele äußert Zufriedenheit mit dem Tarifabschluss bei UPM Schongau, der eine Gehaltserhöhung von 5,9 % bietet.



Schongau, Deutschland -

Christian Wegele, der Betriebsratsvorsitzende bei UPM in Schongau, hat seine Zufriedenheit mit dem jüngsten Tarifabschluss in der papiererzeugenden Industrie bekundet. Laut einem Bericht von **Merkur** umfasst dieser Tarifabschluss eine Gehaltserhöhung von 5,9 Prozent und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2026. Wegele betonte, dass dieser Abschluss die derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen widerspiegelt. Seine Aussagen

verdeutlichen, dass die Gehaltserhöhung über den Abschlüssen in der Metall- und Elektroindustrie liegt.

Einhergehend mit den Verhandlungen gab Wegele an, dass die Gehaltserhöhung durch das Engagement der Beschäftigten möglich wurde. Er wies jedoch auch auf Bedenken hinsichtlich einer möglichen Öffnungsklausel für wirtschaftlich angeschlagene Unternehmen hin. Es gab während dieser Verhandlungsrunde keine Streikmaßnahmen bei UPM, obwohl die Beschäftigten darauf vorbereitet waren. Vor der dritten Tarifrunde fanden bundesweit 70 Kundgebungen statt, an denen etwa 10.000 Beschäftigte teilnahmen.

Tarifverhandlungen und Vorwürfe

Der Tarifabschluss, der für rund 46.000 Beschäftigte in der papiererzeugenden Industrie gilt, wurde nach intensiven Verhandlungen erreicht, die Ende November begannen und kurz vor Mitternacht am Freitag besiegelt wurden. Laut **Radio Oberland** besteht jedoch noch keine Einigung beim Bundesentgelttrahmentarifvertrag (BETV). Astrid Meier von der Gewerkschaft IG BCE äußerte Bedauern über das Fehlen einer Einigung und plant, die Verhandlungen im neuen Jahr fortzusetzen.

Im November wurde UPM von der Gewerkschaft IG BCE vorgeworfen, einen Tarifbruch begangen zu haben, was vom Werkleiter Wolfgang Ohnesorg zurückgewiesen wurde. Der Streitpunkt bezieht sich auf den „Bundesentgelttrahmentarif“, der seit dem 1. September hätte umgesetzt werden müssen. Ohnesorg zeigte sich verwundert über die Vorwürfe und erklärte, dass die Umsetzung an wenigen offenen Punkten hänge, die am 25. November geklärt werden sollen. Änderungen könnten rückwirkend geltend gemacht werden, was laut ihm nicht ungewöhnlich sei.

– Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Schongau, Deutschland
Quellen	• nag-news.de • www.merkur.de • radio-oberland.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at